



Wissenschaftsausschuss

2. Sitzung (öffentlich)

6. September 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung: 3

**1 Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW –
Gebührenfreiheitsgesetz** 4

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/85
Zuschrift 17/50, Zuschrift 17/52, Zuschrift 17/61

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden wird im Obleutegespräch vereinbart.

2 Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung 5

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, als ordentliche Mitglieder Herrn Dr. Stefan Nacke (CDU) und Herrn Dietmar Bell (SPD) sowie als stellvertretende Mitglieder Herrn Oliver Krauß (CDU) und Gabriele Hammelrath (SPD) in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung zu entsenden.

3 Beteiligung der RWTH Aachen an Planungen zum Bau einer Panzerfabrik in der Türkei 6

4 Verschiedenes 10

Vergabe von DFG-Mitteln an nordrhein-westfälische Hochschulen 10

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erklärt, das Ministerium habe sich für die nächsten Jahre viel vorgenommen. Nordrhein-Westfalen habe eine tolle Hochschullandschaft, aber die Konkurrenz schlafe nicht. Die Hochschulen müssten nicht nur finanziell, sondern von den gesamten Rahmenbedingungen her so ausgestattet werden, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich bestehen könnten. Ihr Wunsch sei es, dass der Ausschuss möglichst gemeinsam vieles für die Hochschulen erreiche.

1 Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW – Gebührenfreiheitsgesetz

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/85
Zuschrift 17/50, Zuschrift 17/52, Zuschrift 17/61

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden wird im Obleutegespräch vereinbart.

2 Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, als ordentliche Mitglieder Herrn Dr. Stefan Nacke (CDU) und Herrn Dietmar Bell (SPD) sowie als stellvertretende Mitglieder Herrn Oliver Krauß (CDU) und Gabriele Hammelrath (SPD) in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung zu entsenden.

3 Beteiligung der RWTH Aachen an Planungen zum Bau einer Panzerfabrik in der Türkei

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erinnert an die Berichterstattung der vergangenen Woche, wonach die RWTH Aachen an Planungen zum Bau einer Panzerfabrik in der Türkei beteiligt gewesen sei. Das Ministerium habe am 30. August durch die Online-Presseberichterstattung von der Beteiligung des Werkzeugmaschinenlabors an der RWTH Aachen in Form einer Machbarkeitsstudie für ein Werk im türkischen Karasu erfahren. Daraufhin habe die zuständige Fachgruppe des Ministeriums umgehend die Hochschule zu einer Stellungnahme aufgefordert. Diese Stellungnahme könne auf der Homepage der RWTH Aachen nachgelesen werden. Diese Transparenz sei begrüßenswert und auch notwendig.

Das Ministerium erfasse keine einzelnen Forschungsprojekte der Hochschulen oder von außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das entspreche den seit Jahren praktizierten Vorstellungen von Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie. Deshalb sei die Vorgehensweise der RWTH Aachen aus Sicht des Ministeriums rechtlich nicht zu beanstanden. Die Landesregierung halte in dieser Angelegenheit auch keine weiteren Schritte für erforderlich. Das Ministerium als Rechtsaufsicht sehe keinen Anlass zum Eingriff. Die Stellungnahme der RWTH Aachen habe sich zudem deutlich positioniert und klargestellt, dass sie den Vorfall bedauere.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für die Stellungnahme und teilt den Dank an die RWTH Aachen. Diese habe sehr schnell die Reißleine gezogen, als ihr der Vorgang bewusst geworden sei. Die Hochschule habe sich außerdem von dem Projekt distanziert, die Arbeiten eingestellt und den Vorfall im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit dargestellt.

Ihrer Ansicht nach sei der Ablauf ein Beispiel dafür, wie eine Hochschule autonom und verantwortungsvoll mit einer solchen Frage umgehe. Die Hochschule habe die im Koalitionsvertrag benannte Zivilklausel zitiert. Diese habe zu einem sehr reflektierten Umgang mit dem Vorfall geführt. Laut Koalitionsvertrag gehe es u. a. darum, ein effizientes und zügiges Verfahren mit den Hochschulen zu erarbeiten, um die Hochschulen schnell von zentraler Steuerung durch das Land und von unnötigem bürokratischem Aufwand zu befreien. Hierzu müssten laut Koalitionsvertrag insbesondere das Instrument der Rahmenvorgaben, das Durchgriffsrecht des Ministeriums auf das Hochschulmanagement und die Pflicht zur Aufnahme von Zivilklauseln in die Grundordnung der Hochschulen sowie Vorgaben des Landeshochschulentwicklungsplans abgeschafft werden.

Am vorliegenden Fall würden allerdings die segensreiche Wirkung der Zivilklausel und die Verpflichtung zu gesellschaftlicher Verantwortung deutlich. Deshalb ergebe sich die Frage, ob das Ministerium die benannte Passage des Koalitionsvertrages noch einmal überdenke und ebenfalls die Auffassung vertrete, dass das Unternehmen Rheinmetall die Hochschule bewusst in die Irre geführt habe.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) schlägt vor, eine grundsätzliche Diskussion im Rahmen des Novellierungsverfahrens zu führen. Grundsätzlich gehe sie davon aus, dass die Hochschulen in jeder Hinsicht ein verantwortungsbewusstes Handeln an den Tag legen. Im vorliegenden Fall habe die RWTH Aachen verantwortlich gehandelt, sobald sie gemerkt habe, dass sich das Projekt in eine falsche Richtung bewege.

Das Vorgehen von Rheinmetall kenne sie nicht im Detail. Daher urteile sie nicht darüber. Es sei Angelegenheit der Hochschule, den Vorgang umfänglich aufzuarbeiten.

Sigrid Beer (GRÜNE) fragt nach, ob das Ministerium vor dem Hintergrund der aktuellen Faktenlage somit weder eine Reflektion noch eine Bewertung in Bezug auf die Zivilklausel vornehme und auch keine Konsequenzen daraus ziehe. Dargelegt werden solle auch, ob sich die Zivilklausel aus Sicht des Ministeriums in diesem Fall besonders bewährt habe.

Nach Ansicht von **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** ist dies schwierig zu beurteilen, da sie nicht unmittelbar dabei gewesen sei. Sie gehe von einem sehr verantwortungsvollen Handeln von Hochschulleitungen aus. Ob die Zivilklausel im vorliegenden Fall der ausschlaggebende Punkt gewesen sei, lasse sie offen. Das wisse sie nicht.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) meint, laut Presseberichten sei der Auftrag für die Hochschule verdeckt erfolgt, und erkundigt sich bei der Ministerin, ob es nicht mit zur Hochschulautonomie gehöre, dass ein Ministerium Fachbereichen und Hochschulen dabei helfe, herauszufinden, wer verdeckt Projekte bestelle, die gegen die Zivilklausel verstießen. Hochschulen und Institute seien mit einer aufwendigen Prüfung, wer solche Aufträge erteile, möglicherweise überfordert. Das Ministerium solle darlegen, ob es solche Fälle sammle und eine Art Kataster solcher Vorgänge anlege und ob es den Zusammenhang zwischen Rheinmetall und der Mittlerfirma geprüft, oder sich auf eine Befragung der Hochschule beschränkt habe.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) hält es für hochproblematisch, sich in Vermutungen zu ergehen und Presseberichte nicht zu hinterfragen. Für eine genaue Aufklärung sei eine Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich. Allerdings müsse die gegenwärtige Rechtslage bedacht werden. Das Wissenschaftsministerium trage die rechtsaufsichtliche Verantwortung. Diese biete zum gegenwärtigen Stand keine Basis für einen Eingriff. Eine Fachaufsicht trage das Ministerium nicht. Als absolute Verfechterin der Hochschulautonomie wolle sie diese nicht entkernen und keine Listen einzelner Hochschulvorhaben führen. Dies liege seit vielen Jahren in der Verantwortung der Hochschulen.

Dr. Stefan Berger (CDU) schickt voraus, dieser Vorgang sei noch unter rot-grüner Ägide angelaufen. Die frühere Ministerin Svenja Schulze habe wie keine andere dafür gestanden, Hochschulautonomie nicht stattfinden zu lassen. Ein solcher Vorgang, wie

er zur Diskussion stehe, könne vorkommen. Die Entwicklung des Sachverhalts sei sicherlich betrüblich, biete aber keinen Anlass für eine grundsätzliche Debatte um das Hochschulrecht. Gleiches gelte für die Zivilklausel. Ob die Zivilklausel der entscheidende Grund für die veränderte Sichtweise der RWTH Aachen gewesen sei, könne das Parlament nicht beurteilen.

Die RWTH Aachen habe sich ihrer Verantwortung positiv gestellt. Dieses Handeln könne als positives Beispiel gesehen werden und diene gerade nicht zur Stärkung der von der Opposition vorgebrachten Argumentation.

Sigrid Beer (GRÜNE) teilt diese Auffassung nicht und erinnert an das von ihr zu Beginn der Debatte geäußerte Lob für das konsequente Vorgehen der Hochschule. Laut ihrer Grundordnung verfolge die Hochschule ausschließlich friedliche Ziele. Jede Hochschule und jede öffentliche Einrichtung habe sich ihrer gesellschaftspolitischen und ethischen Verantwortung zu stellen. Dies werde in der Diskussion um das Hochschulgesetz erneut deutlich gemacht.

Ihre Frage zu bereits erfolgten oder beabsichtigten Reflektionen in der Landesregierung – nicht nur seitens des Wissenschaftsministeriums, sondern auch seitens des Wirtschaftsministeriums – sei noch nicht beantwortet. Dies habe gerade angesichts der aktuellen Beziehung zur Türkei Bedeutung. Sie frage sich, ob das Kabinett überhaupt über diesen Vorgang diskutiere.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) betont, zu dem konkreten Vorgang habe es bisher keine Diskussion gegeben, da dieser erst wenige Tage alt sei. Für ihre Begriffe habe die Hochschule den Vorgang sehr gut gelöst, sodass es keinen Anlass seitens der Landesregierung gebe, diesen Vorfall zu bewerten. Innerhalb des Ministeriums habe es selbstverständlich Gespräche gegeben. Auch sei Kontakt zur Hochschule gesucht worden. Die klare Stellungnahme der RWTH Aachen sehe das Ministerium sehr positiv.

Im Zusammenhang mit dem Hochschulgesetz seien viele Punkte in Ruhe und Ausführlichkeit zu diskutieren. Welche Konsequenzen die einzelnen Universitäten und Hochschulen aus möglichen Veränderungen des Hochschulgesetzes für sich zögen, stelle erst einen darauffolgenden Schritt dar.

Moritz Körner (FDP) stellt Einigkeit darüber fest, dass die Hochschule im vorliegenden Fall verantwortungsvoll und richtig gehandelt habe. Zur Diskussion gestellt worden sei, welche Konsequenzen der Fall für die Novellierung des Hochschulgesetzes bedeute. Mit Blick auf die Zivilklausel sei die Beantwortung dieser Frage jedoch besonders schwierig. Die RWTH Aachen habe zunächst gedacht, es handele sich bei dem Projekt um Spezialfahrzeuge. Welche militärische Forschung dahinterstecke, sei nicht bekannt gewesen.

Sigrid Beer (GRÜNE) nimmt zur Kenntnis, dass das Kabinett bisher nicht über diesen – keinesfalls erst seit zwei Tagen bekannten – Vorgang gesprochen habe. Dies gelte

trotz der aktuell sehr fragilen Lage auch für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Beziehung zwischen Rheinmetall und einem türkischen Konzern. Ebenso wenig habe das Kabinett offenbar erörtert, ob es Verschleierungstaktiken gegeben habe. Sie hoffe, dem Thema nehme sich die Landesregierung noch an.

Im Rahmen der Novellierung des Hochschulgesetzes werde man über weitere Dinge wie die Zivilklausel miteinander diskutieren müssen.

4 Verschiedenes

Vergabe von DFG-Mitteln an nordrhein-westfälische Hochschulen

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) berichtet, sechs der neun von nordrhein-westfälische Hochschulen gestellten Anträge seien bewilligt worden. Dabei handele es sich um zwei Neueinrichtungen und vier Fortsetzungsanträge. Zudem seien sechs Anträge mit nordrhein-westfälischer Beteiligung beschieden worden.

Dietmar Bell (SPD) freut sich über die seit vielen Jahren sehr gute Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen, die sich sehr erfolgreich u. a. in der DFG einbringe.

Vorsitzender Helmut Seifen unterstreicht, auch wenn Hochschulen und Projekte mit Leuchtturmcharakter positiv zu sehen seien, dürften die unterhalb dieses Niveaus angesiedelten Projekte nicht außer Acht gelassen werden.

Er erhoffe sich, Dinge, die in den letzten Jahren noch nicht optimal gelaufen seien, in der laufenden Legislaturperiode wesentlich verbessern zu können. Die bisherige konstruktive Diskussion lasse darauf hoffen, dass alle dieses Ziel erreichen wollten.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

11.09.2017/14.09.2017

160